



Parlamentssitzung vom 17.03.2025

Protokoll

Schloss Köniz, Rössstall
19:00 – 20.15 Uhr

Vorsitz

Casimir von Arx (GLP), Parlamentspräsident

Parlamentsbüro

Selin Lopez (FDP), 2. Vizepräsidentin
Brigitte Rohrbach (SP Frauen), Stimmzählerin
Reto Zbinden (SVP), Stimmzähler

Mitglieder des Parlaments

Franziska Adam (SP Frauen)
Christina Aebischer (Grüne)
Roland Akeret (GLP)
Dominic Amacher (FDP)
Géraldine Bösch (SP Frauen)
Corina Burren (parteilos, Sitz der SVP)
Bülent Celik (SP Männer)
Heidi Eberhard (FDP)
Toni Eder (Die Mitte)
Lukas Erni (Grüne)
Mayra Faccio (JUSO)
Rahel Gall (SP Frauen)
Sara Cristina Gasser (Junge Grüne)
Janka Hamm (SP Frauen)
Andreas Hauser (GLP)

Roland Hofer (SVP)
Laura Hoffman (Junge Grüne)
Fabienne Marti (GLP)
Florian Moser (SVP)
David Müller (Grüne)
Matthias Müller (EVP)
Urs Mumenthaler (SP Männer)
Arlette Mürger (SP Frauen)
Sladjan Petrovic (Die Mitte)
Monika Röthlisberger (Grüne)
Sandra Röthlisberger (GLP)
Isabelle Steiner (SP Frauen)
Katja Streiff (EVP)
Roger Tanner (GLP)
Klaus von Muralt (Grüne)

Gemeinderat

Tanja Bauer (SP), Gemeindepräsidentin
Hansueli Pestalozzi (Grüne), Vizegemeindepräsident
Thomas Marti (GLP), Gemeinderat
Christian Burren (SVP), Gemeinderat
Hans-Peter Kohler (FDP), Gemeinderat

Fachstelle Parlament

Chantal Fuchs

Protokoll

Ursula Wüst

Entschuldigt

Mark Kobel (FDP)
Christine Müller (Grüne), 1. Vizepräsidentin
Kathrin Gilgen (SVP)
Tatjana Rothenbühler (FDP)
Ronald Sonderegger (FDP)
Andrea Winzenried (SVP)

PAR 2025/19

Traktandenliste und Mitteilungen

1. **Traktandenliste und Mitteilungen**
Beschluss
2. **Protokoll der Parlamentssitzung vom 10.02.2025**
Beschluss
3. **Finanzkommission, Ersatzwahl Mitglied**
Wahl
4. **Nichtständige Kommission Personalreglement, Ersatzwahl Mitglied**
Wahl
5. **Kreditabrechnungen**
Kenntnisnahme; Direktion Präsidiales und Finanzen
6. **V2409 Motion (Junge Grüne, Grüne, SP, Juso) "Grünes Zentrum Köniz"**
Beantwortung; Direktion Umwelt und Betriebe
7. **V2410 Interpellation (SP/Juso, Junge Grüne) "Elektrifizierung von Parkplätzen für Carsharing-Fahrzeuge"**
Beantwortung; Direktion Umwelt und Betriebe
8. **Verschiedenes**
Kenntnisnahme

Diskussion

Parlamentspräsident Casimir von Arx: Guten Abend miteinander, ich begrüsse euch zu unserer Parlamentssitzung vom März.

Ich gebe zuerst die Geburtstage bis zur nächsten Parlamentssitzung bekannt: Bis zur nächsten Sitzung im Mai haben Reto Zbinden, Sara Gasser, Roland Hofer, Corina Burren und Dominic Amacher Geburtstag. Diese fünf Personen, plus jene, welche seit dem 10. Januar Geburtstag hatten und letztes Mal bereits genannt wurden, sind die ersten, welche das diesjährige Geburtstagsgeschenk erhalten: Es ist ein Pin des Könizer Parlaments - einige haben ihn bereits an. Ich bin eine Ausnahme, ich habe das Privileg ihn anzustecken, ohne dass ich bereits Geburtstag hatte. Viel Freude mit diesem Geschenk. Wenn ihr ihn anschaut – ich wurde zuvor bereits von jemandem darauf angesprochen – hat er einen metallisch farbigen Rand. Es ist nicht Gold, es ist also kein Goldrand, es ist - so glaube ich - Messing. In der Offerte stand zumindest "goldfarben". Dies als politische Bemerkung.

Wie ihr vielleicht wisst – oder auch nicht – hat die Parlamentspräsidentin Cathrine Liechti im Jahr 2020 ein Album eingeführt, in dem jedes Jahr das jeweilige Parlamentspräsidium eine Seite gestaltet. Das Album liegt hinten zur Ansicht auf.

Ihr habt die Informationen betreffend die Teilrevision des Personalreglements der Gemeinde Köniz von der Gemeindepräsidentin erhalten. Das war eine Mitteilung vom 28.02.2025. Diese Informationen sind auch im neuen Teamraum des Parlaments abgelegt.

Ein weitere Information: In der FDP-Fraktion gibt es neu seit dem 14. März ein Co-Fraktionspräsidium, bestehend aus dem bisherigen Fraktionspräsidenten Dominic Amacher und der 2. Vizepräsidentin Selin Lopez.

Dann lese ich ein Rücktrittsschreiben vor: *"Lieber Parlamentspräsident, liebe Gemeindepräsidentin und Gemeinderäte, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich reiche hiermit meinen Rücktritt aus dem Parlament ein. An der ersten Sitzung, nachdem ich ins Parlament nachgerutscht bin, wurden Budget und IAFP behandelt, es wurde über die Wasser- und Abwasserprojekte der Seftigenstrasse befunden, der Projektierungskredit für die Schulraumerweiterung Morillon wurde beschlossen und nicht zuletzt wurde über die Sanierung von Kugelfängen informiert. Bei der Vorbereitung der Finanztraktanden habe ich mich gefragt, ob ich die 229 Seiten wirklich lesen und bis ins letzte Detail verstehen muss. Beim Kugelfang habe ich meinen Sitznachbarn gefragt, was um Gottes willen Kugelfänge sind. Finanzen, Bildung, Infrastruktur und Vieles mehr - diese thematische Vielfalt war einer der Aspekte, der mir an der Arbeit im Parlament gefallen hat. Insbesondere habe ich die Zusammenarbeit mit Euch geschätzt, sei es in der Fiko, in der Personalkommission oder im Parlament als Ganzes. Oft haben unterschiedlichen Haltungen die Diskussion geprägt – immer ging es uns allen darum, bestmögliche Entscheidungen für die Gemeinde Köniz zu treffen.*

Ich bin dankbar, dass wir in einer Demokratie leben, die engagierte politische Arbeit und einen offenen Diskurs ermöglicht. Dies ist keine Selbstverständlichkeit, wenn man die Entwicklungen in vielen anderen Ländern betrachtet. Weil ich vom politischen System der Schweiz überzeugt bin und die Arbeit im Parlament schätze, ist mir die Entscheidung nicht leicht gefallen, aus dem Parlament auszutreten. Auch habe ich mir lange überlegt, welches der beste Moment für einen Rücktritt ist – leider gibt es diesen nicht. Meine neue Arbeitsstelle, die ich im November angetreten habe, nimmt viel Zeit in Anspruch, sodass meine zeitlichen und energetischen Ressourcen eine seriöse Mitarbeit im Parlament nicht mehr zulassen.

Zum Glück gibt es mit Euch weiterhin viele Menschen mit unterschiedlichen politischen Meinungen, die sich für unsere Gemeinde engagieren. Käme eine Fee und ich hätte drei Wünsche fürs Parlament frei ... ich wünschte Euch:

- respektvolle und sachliche Debatten
- viele Traktanden über Köniz und wenige über den Parlamentsbetrieb als solchen
- und viel Freude und Lust an der politischen Arbeit bei Euch allen.

Vielen Dank für die Zusammenarbeit und Euer Engagement. Rahel"

Gibt es Wortmeldungen aus der Fraktion?

Fraktionssprecherin SP/JUSO, Géraldine Boesch, SP-Frauen: Liebe Rahel, du und ich, wir sind gemeinsam ins Parlament nachgerutscht. Das war am 7. November 2022. Und dein erstes Votum hatte beinahe prophetisch deinen Abschied vorweggenommen: Du hast es zum Postulat der Jungen Grünen/Grünen "Vereinbarkeit von Lokalpolitik, Beruf und Familie im Könizer Parlament" gehalten und gesagt, ich zitiere: "Wenn man damit einverstanden ist, ins Parlament zu kommen, dann hat man diese zeitlichen Ressourcen und sagt "ja" dazu. Es kann aber sein, dass es später eine Veränderung im Leben gibt und dass es eine Phase gibt, in welcher man weniger Zeit hat."

Du hast immer ein lautes "ja" ausgesprochen und das immer wieder. Zum Beispiel, als es darum ging, sich dem hochemotionalen Thema Spez-Sek. anzunehmen. Da hast du intensiv den Dialog mit allen Parteien geführt und dich aktiv in den Abstimmungskampf begeben – Chapeau. Oder wenn es um Fussball – vor allem Frauenfussball - ging, da hast du eine Interpellation zum Stand der Förderung des Mädchen- und Frauenfussballs eingereicht und dich im Namen der Fraktion auch zu der Erweiterung des Fussballfeldes und Infrastruktur Lerbermatt eingesetzt. Im Juni 2024 wurdest du Mitglied der Finanzkommission. Deine Finanzkompetenz konntest du einerseits dort einbringen und andererseits hast du dich den Fraktionsvoten zu Budget, IAFP und Kreditabrechnungen gerne angenommen.

Auch in Personalfragen bist du qualifiziert. Du konntest deine Erfahrungen und Kompetenzen im Personalbereich auch in der Personalreglementscommission einbringen.

Ich habe mit dem Zitat von dir begonnen, ich möchte gerne mit einem Zitat von dir wieder schliessen. In deinem Votum zur Motion des Parlamentsbüros "Anpassung der Sitzungsgelder des Parlaments" hast du gesagt: "Wir alle machen mit. Wir machen alle mit im Milizsystem der Politik von Köniz. Es ist das Milizsystem, dass die Schweizer Politik ausmacht. Wir machen mit, das wage ich zu behaupten, weil wir überzeugt sind von der Sache und wir bereit sind, einen Teil unserer Freizeit dafür einzusetzen." Merci vielmals Rahel, dass du einen Teil deiner Freizeit eingesetzt hast und das mit grossem Einsatz. Wir überreichen dir einen Gutschein für "Vinos Argentinos" und die obligatorische rote Rose. Merci vielmals.

Parlamentspräsident Casimir von Arx: Rahel Gall lädt im Anschluss an die Sitzung alle zum Anstossen ein. Und, da die heutige Sitzung voraussichtlich nicht so lange geht, haben wir seitens Präsidium und Fachstelle Pizzen bestellt, so, damit ihr, wenn ihr Zeit und Lust habt, nach der Sitzung noch ein bisschen verweilen und etwas essen könnt.

Ich gebe die heutigen Abwesenheiten bekannt: Entschuldigt sind Andrea Winzenried, Tatjana Rotenbühler, Kathrin Gilgen, Christine Müller, Ronald Sonderegger und Mark Kobel. Es sind 34 Parlamentsmitglieder anwesend. Das Parlament ist beschlussfähig.

Der elektronischer Aktenversand erfolgte am 18. Februar 2025, der postalischer Aktenversand fand am 20. Februar 2025 statt. Das Protokoll der Parlamentssitzung vom 10. Februar 2025 ist seit 04.03.2025 online.

Wir kommen zu Traktandum 1, Traktandenliste. Gibt es aus dem Parlament Anträge zur Traktandenliste? Das ist nicht der Fall, damit erkläre ich die Traktandenliste als genehmigt.

Beschluss

Die Traktandenliste wird stillschweigend genehmigt.

PAR 2025/20

Protokoll der Parlamentssitzung vom 10. Februar 2025

Genehmigung

Diskussion

Das Wort zum Protokoll wird nicht verlangt.

Beschluss

Das Protokoll der Parlamentssitzung vom 10. Februar 2025 wird stillschweigend genehmigt.

PAR 2025/21

Finanzkommission, Ersatzwahl Mitglied

Wahl

Diskussion

Parlamentspräsident, Casimir von Arx: Wie wir gerade gehört haben, tritt Rahel Gall, SP-Frauen, aus dem Parlament aus und somit auch als Mitglied der Finanzkommission. Der Austritt erfolgt per 31.03.2025. Gibt es Wahlvorschläge?

Fraktionssprecherin SP/JUSO, Isabelle Steiner, SP-Frauen: Die SP/JUSO-Fraktion nominiert Géraldine Boesch als Ersatz für Rahel Gall. Wir denken alle, sie ist ausreichend kompetent, um diese Arbeit auszuführen, sie ist unter anderem für 15 Leistungsvereinbarungen mit regionalen Organisationen zuständig und bringt von daher sehr viel Erfahrung mit.

Parlamentspräsident, Casimir von Arx: Gibt es weitere Wahlvorschläge oder Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Da die Nomination nicht bestritten ist, erkläre ich Géraldine Boesch als Mitglied der Finanzkommission bis zum Ende der laufenden Amtszeit, das heisst, bis Ende dieses Jahres, für gewählt. Herzliche Gratulation.

Beschluss

Das Parlament wählt Géraldine Mercedes Boesch, SP Frauen, als Mitglied der Finanzkommission als Ersatz für Rahel Gall, SP Frauen.
(Wahlergebnis: stillschweigend)

PAR 2025/22

Nichtständige Kommission Personalreglement, Ersatzwahl Mitglied Wahl

Diskussion

Parlamentspräsident, Casimir von Arx: Wir fahren mit einem sehr ähnlichen Geschäft weiter. Auch hier eine Ersatzwahl für Rahel Gall. Gibt es Wahlvorschläge?

Fraktionssprecherin SP/JUSO, Géraldine Boesch, SP-Frauen: Ich mache hierfür sehr gerne Isabelle Steiner beliebt. Isabelle Steiner hat mehrjährige Führungserfahrung in der öffentlichen Verwaltung und Personalverantwortung unter anderem, als stellvertretende Abteilungsleiterin. Dazu kommt, dass sie durch ihre Tätigkeit in der GPK viel Erfahrung in der Erarbeitung von Reglementen hat.

Parlamentspräsident, Casimir von Arx: Gibt es weitere Wahlvorschläge oder Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Da die Nomination nicht bestritten ist, erkläre ich Isabelle Steiner als Mitglied der nichtständigen Kommission Personalreglement als gewählt. Herzliche Gratulation.

Beschluss

Das Parlament wählt Isabelle Steiner, SP Frauen, als Mitglied der nichtständigen Kommission Personalreglement als Ersatz für Rahel Gall, SP Frauen.
(Wahlergebnis: stillschweigend)

PAR 2025/23

Kreditabrechnungen

Kenntnisnahme/Beschluss; Direktion Präsidiales und Finanzen

1. Ausgangslage

Das Parlament nimmt gemäss Art. 50 Bst. G) der Gemeindeordnung die Abrechnungen über Verpflichtungskredite, die von den Stimmberechtigten oder vom Parlament bewilligt wurden, zur Kenntnis.

Der Gemeinderat beschliesst gemäss Art. 61 Bst. D) der Gemeindeordnung die Nachkredite bis Fr. 200'000.00 zu Verpflichtungskrediten der Stimmberechtigten oder des Parlaments.

Das Parlament beschliesst gemäss Art. 48 Bst. C) der Gemeindeordnung die Nachkredite über Fr. 200'000.00 zu Verpflichtungskrediten der Stimmberechtigten oder des Parlaments sowie die Nachkredite zu Verpflichtungskrediten des Gemeinderates, sofern der Gesamtbetrag (Verpflichtungskredit und Nachkredit) Fr. 220'000.00 übersteigt.

An der Parlamentssitzung vom 02.05.2011 wurden die Fristen der Abrechnungen der Kredite diskutiert, dabei wurde gewünscht das Datum des Projektabschlusses offenzulegen.

2. Zusammenfassung Kreditabrechnungen

Die Finanzkontrolle hat die folgenden Kreditabrechnungen geprüft:

Nr.	FK	Konto	Dir.	Objekt	Kredit	Jahr	Kosten	Abweichung	in %	NK GR	NK PAR
1	24001	5600.5032.1650	DUB	Herzwil, Abwassererschliessung	333'870.00	2022	373'965.51	40'095.51	12.01	40'095.51	
2	24003	5200.5040.2201	DUB	Ersatzbau Recyclingsammelstelle Stapfen	305'000.00	2021	303'166.42	-1'833.58	-0.6		
3	24004	2420.5010.0550	DPV	Niederscherli Haltenstrasse Böschungs- und Strassensanierung	1'200'000.00 140'000.00 <u>1'340'000.00</u>	2019 2022	1'336'902.50	-3'097.50	-0.23		
4	24005	2420.5010.0551	DPV	Niederscherli, Oberriedstrasse, Belagssanierung	325'000.00	2020	320'679.68	-4'320.32	-1.33		

Der Gemeinderat orientiert über die Daten der letzten Buchung und der Einreichung der Abrechnung bei der Finanzkontrolle als Zusatzinformation zu den obigen Abrechnungen wie folgt:

Nr.	Datum letzte Buchung	Datum Abrechnung an FK
1	31.12.2023	11.03.2024
2	18.07.2024	06.08.2024
3	22.07.2024	12.09.2024
4	02.10.2024	13.11.2024

Es ist festzuhalten, dass die längeren Garantiefristen (bis max. 2 Jahre) zu Verzögerungen bei der Abrechnung führen. Dies erweist sich als sinnvoll.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Das Parlament nimmt Kenntnis von den Kreditabrechnungen zu folgenden Objekten:

- Herzwil, Abwassererschliessung
- Ersatzbau Recyclingsammelstelle Stapfen
- Niederscherli Haltenstrasse Böschungs- und Strassensanierung
- Niederscherli, Oberriedstrasse, Belagssanierung

Köniz, 22.01.2025

Der Gemeinderat

Beilagen

- 1) Bericht Kreditabrechnungen Kompetenz Parlament

Diskussion

GPK-Referent, Toni Eder, Die Mitte: Um was geht es? Das Parlament nimmt gemäss Art. 50 der Gemeindeordnung die Abrechnungen über Verpflichtungskredite, welche durch die Stimmberechtigten oder vom Parlament bewilligt wurden, zur Kenntnis. Vorliegend geht es um vier Kreditabrechnungen:

- Beim Kredit Nr. 1 der Liste, wurde der Kredit um ca. CHF 40'100 resp. 12% überschritten. Die Begründung im vorliegenden Papier hat der GPK nicht genügt, so dass wir nochmals nachgefragt haben, warum man von Werkleitungen überrascht wurde, wo es doch Pläne gibt? Warum wurde man vom Grundwasser überrascht? Oberflächennahes Grundwasser ist Ortskundigen Personen bekannt. Die Antwort der Gemeinde: Quellleitungen und Drainageleitungen sind in den Plänen nicht vermerkt. Der Grundwasserspiegel sei aufgrund des regnerischen Bauwetters stark angestiegen. Die Frage, warum bei diesem extrem schlechten Wetter kein Baustopp eingelegt worden sei, wurde so beantwortet, dass dadurch die Kosten noch mehr gestiegen wären, da dies zu einer Verlängerung der Bauzeit, zu einer Verlängerung der Installationen und einem Ertragsausfall auf dem Feld geführt hätte.
- Beim Kredit Nr. 3 wurde im Jahr 2022 durch den Gemeinderat ein Nachtkredit in der Höhe von CHF 140'000 gesprochen. Die Begründung ist im Papier enthalten. Die GPK hat noch darum gebeten, genauer zu berichten, was hier genau passiert ist. Die Antwort des Gemeinderates: Weil der Baugrund wesentlich ungünstiger war, als aufgrund der Vorabklärungen zu erwarten war, fielen die Tiefbaukosten und die Kosten für die Böschungssicherung wesentlich höher aus, als im Kostenvoranschlag. Weitere Zusatzkosten waren: Es brauchte ein Überwachungssystem zum Schutz der benachbarten Gebäude um Erschütterungen zu messen, höhere Kosten für Honorare, höhere Kosten für den Landerwerb, höhere Kosten für die Baukommunikation, weil es zu Arbeitsunterbrüchen und zusätzliche Bauetappen gekommen ist.

Alle Kreditabrechnungen wurden von der Finanzkontrolle geprüft. Bei allen Abrechnungen hält die Finanzkontrolle fest, dass sie diese Abrechnungen geprüft und als richtig befunden hat.

Zu den Beschlüssen der GPK: Die GPK stellt fest, dass die für den Entscheid notwendigen Informationen und Unterlagen vorliegen. Dieses Abstimmungsergebnis war einstimmig.

Die GPK empfiehlt dem Parlament, die Kreditabrechnungen zur Kenntnis zu nehmen. Auch dieses Abstimmungsergebnis war einstimmig.

EVP-GLP-Mitte-Fraktion, Roland Akeret, GLP: Vorab, die EVP-GLP-Mitte-Fraktion nimmt von den Kreditabrechnungen Kenntnis, hat aber zur Kreditabrechnung Nr. 4, "Niederscherli, Oberriedstrasse, Belagssanierung" noch eine Frage: Der Gemeinderat führt unter anderem aus, dass die Gemeinde gemäss Ziff. 18, Abs. 2, die Erträge aus Abgaben so zu verwenden habe, wie es in der Grundlagvereinbarung vom 29. April 2014 festgelegt wurde. In Unkenntnis dieser Vereinbarung haben wir uns die Frage gestellt, ob Entschädigungen wegen zu hohem Verkehrsaufkommen, nicht eigentlich Strafzahlungen im Sinne von Bussen sind und damit dem allgemeinen Steuerhaushalt gutgeschrieben werden sollten? Und dann haben wir uns weiter gefragt, ob in andern Fällen mit Fahrtenkontingenten gleiche Regelungen getroffen worden sind, wie im vorliegenden Fall? Danke für die Beantwortung.

Gemeinderat Christian Burren: Zur Frage von Roland Akeret, ob das Geld nicht dem Steuerhaushalt zufallen müsste: Das betrifft die Gebühren, welche bei der Fahrtenüberschreitung des Swiss Bike Parks Oberried anfallen und diese sind in Tat und Wahrheit für Massnahmen auf den Zufahrtsstrassen zum Swiss Bike Park vorgesehen. Und zur Frage, ob es noch andere solche Regelungen gibt? Ja, diese gibt es auch im Bereich Bauhaus.

Beschluss

Das Parlament nimmt Kenntnis von den Kreditabrechnungen zu folgenden Objekten:

- Herzwil, Abwassererschliessung
- Ersatzbau Recyclingsammelstelle Stapfen
- Niederscherli Haltenstrasse Böschungs- und Strassensanierung
- Niederscherli, Oberriedstrasse, Belagssanierung

(Abstimmungsergebnis: einstimmige zustimmende Kenntnisnahme)

PAR 2025/24

V2409 Motion (Junge Grüne, Grüne, SP, Juso) "Grünes Zentrum Köniz"

Beantwortung; Direktion Planung und Verkehr

Vorstosstext

Antrag: Der Gemeinderat wird aufgefordert, in einer Machbarkeitsstudie zu prüfen, wie das Zentrum* von Köniz begrünt und aufgewertet werden kann. In diesem Prozess sind Bedürfnisse und Ideen von Anwohnerinnen einzuholen. Neben anderen Varianten ist die Errichtung einer Baumallee zu prüfen. Dem Parlament wird anschliessend ein Kreditantrag für die Projektierung der Bestvariante vorgelegt.

**Unter Zentrum von Köniz ist mindestens der Brühlplatz bis und mit Bläuackerplatz zu verstehen, es darf aber auch grossräumiger gedacht werden.*

Begründung

Die Temperaturen steigen kontinuierlich, was zu einer erhöhten Hitzebelastung in städtischen Gebieten führt. Vegetation und insbesondere Bäume können die Temperatur erheblich verringern. Um sicherzustellen, dass das Zentrum von Köniz auch in mittelfristiger Zukunft eine hohe Aufenthaltsqualität bietet, ist es notwendig, die derzeitige Betonwüste zu überdenken und nachhaltige Begrünungslösungen zu implementieren. Die diesen Sommer eingerichteten, temporäre Begrünungen deuten darauf hin, welchen Mehrwert solche Maßnahmen bieten könnten.

Die Gemeinde Köniz hat den Prozess zur Aufwertung des Zentrums bereits angestoßen, und studentische Arbeiten haben wertvolle Ideen generiert. Eine dieser Ideen umfasst die Gestaltung einer Baumallee, die nicht nur ästhetisch ansprechend ist, sondern auch das Mikroklima positiv beeinflusst und zur Verbesserung der Luftqualität beiträgt. Durch die Erstellung einer Machbarkeitsstudie können nun konkrete Schritte zur Realisierung dieser Vision entwickelt werden.

Eingereicht

16.09.2024

Unterschrieben von 17 Parlamentsmitgliedern

Simon Stocker, Laura Hoffman, Christina Aebischer, Monika Röthlisberger, Isabelle Steiner, Géraldine Boesch, Urs Mumenthaler, Mayra Faccio, Dominik Fischli, David Müller, Rahel Gall, Franziska Adam, Bülent Celik, Brigitte Rohrbach, Janka Hamm, Andreas Hauser, Arlette Mürger

Antwort des Gemeinderates

1. Formelle Prüfung (nur bei Motion)

Mit der vorliegenden Motion wird der Gemeinderat aufgefordert, in einer Machbarkeitsstudie zu prüfen, wie das Zentrum von Köniz begrünt und aufgewertet werden kann. In diesem Prozess sind Bedürfnisse und Ideen von Anwohner:innen einzuholen. Neben anderen Varianten ist die Errichtung einer Baumallee zu prüfen.

Dem Parlament soll anschliessend ein Kreditantrag für die Projektierung der Bestvariante vorgelegt werden.

Mit der Erheblicherklärung dieser Motion gibt das Parlament dem Gemeinderat in Bezug auf den ersten Abschnitt (Machbarkeitsstudie) eine Richtlinie vor; in Bezug auf den letzten Satz (Kreditantrag für Projektierung) erteilt das Parlament dem Gemeinderat einen verpflichtenden Auftrag (vgl. dazu auch Ausführungen der formellen Prüfung der Motion in der Beilage).

2. Laufende Arbeiten und Handlungsbedarf/-möglichkeiten im Zentrum

Der Gemeinderat ist sich der Wichtigkeit von klimaadaptiven Siedlungsräumen bewusst und ist auf unterschiedlichen Ebenen diesbezüglich bereits aktiv. So wurden – wie im Vorstoss selber bereits erwähnt – im Sommer 2023 von jungen Studierenden der Fachhochschule OST vielfältige Werke erarbeitet, welche den Raum vom Bläuackerplatz über die Schwarzenburgstrasse bis zum Brühlplatz umfasst. Diese studentischen Arbeiten dienen als Gedankenanstoss und sollen das Spektrum öffnen, wie Strassen- und Platzräume künftig gestaltet werden könnten. Im Prozess ging es auch um die Frage einer langfristigen Perspektive mit etappenweiser Umsetzung. Die Arbeiten sind als freie Denkräume in einem klar eingegrenzten Rahmen zu verstehen. Die Ideen darin unterscheiden sich von der Bearbeitungstiefe und dem Detaillierungsgrad deutlich gegenüber einer Machbarkeitsstudie. Wo möglich wird jedoch die Umsetzbarkeit der Ideen situativ geprüft und falls machbar, situationsgerecht angegangen.

Die Vorschläge der Studierenden betreffen auch die Schwarzenburgstrasse im Zentrum. Die Schwarzenburgstrasse im Zentrum und die Könizstrasse sind Kantonsstrassen, daher gehört der Strassenkörper inklusive der Trottoirs dem Kanton Bern. Teilweise reicht der begehbare Bereich bis zur Fassade. Hier wird der Strassenraum also von privaten Parzellen ergänzt. Veränderungen an diesen Strassenräumen liegen in der Verantwortung des Kantons (OIK II) sowie den angrenzenden privaten und juristischen Personen. Der Kanton plant in den kommenden Jahren keine Umgestaltung der Schwarzenburgstrasse und/oder der Könizstrasse im Zentrum von Köniz. Auch eine Sanierung – d.h. eine umfassende Erneuerung ohne Anpassung des Strassenquerschnittes ist bis 2032 nicht geplant. Aufgrund der Sparmassnahmen des Kantons ist zu erwarten, dass der OIK II seine knappen Mittel eher in den Substanzerhalt als in Gesamtanierungen/Umgestaltungen investieren wird.

Neben der Horizonterweiterung durch die studentischen Arbeiten, wurden vom Frühjahr bis Herbst dieses Jahres auf dem Bläuackerplatz erste konkrete, aber temporäre Massnahmen zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität und Begrünung umgesetzt. Im Pilotprojekt "G wie grüner. Der Bläuacker" wurde getestet, welche Art von Platzgestaltung und Begrünung sich im Zentrum von Köniz eignen könnte. Im Rahmen des Projekts wurde der Bläuackerplatz temporär begrünt und die Aufenthaltsqualität kurzfristig verbessert, mit dem Ziel den Platz stärker zu beleben und für die Bevölkerung einen attraktiven Ort für Begegnungen zu schaffen. Die Pilotphase des Projekts "G wie grüner. Der Bläuacker" dauerte von Mai bis Oktober 2024. Die Bevölkerung und raumrelevante Akteure wurden im Prozess aktiv einbezogen und zum Ergebnis befragt. Die Rückmeldungen waren überwiegend positiv ausgefallen.

Aufgrund des hohen öffentlichen Interesses und den eingegangenen Stellungnahmen, möchte die Gemeinde in zwei weiteren Projektstufen die weitere schrittweise Umgestaltung des Platzes – dort wo technisch und gestalterisch möglich – vertieft prüfen. Mit Bäumen und Sitzgelegenheiten soll das Zentrum langfristig verschönert und der öffentliche Raum am Bläuacker attraktiver und grüner gestaltet werden. Im prozessualen Design des Projekts soll ein breiter Konsens gefunden und auch die technische Machbarkeit nachgewiesen werden. Das Pilotprojekt hat gezeigt, dass eine Umgestaltung des Bläuackerplatzes eine enge Zusammenarbeit aller Betroffenen: Baurechtsnehmer, Nutzergruppen und die Gemeinde als Grundeigentümerin und Baurechtsgeberin erfordert. In einer Absichtserklärung/Vereinbarung soll das Engagement aller für eine transparente und kooperative Planung und Umsetzung festgehalten werden.

Parallel zu den temporären Massnahmen auf dem Bläuackerplatz hat die Gemeinde Ende Sommer 2024 die Umfrage "T wie Träffpunkt. Der öffentliche Raum" durchgeführt. Dabei konnten exemplarisch acht bestehende Plätze bewertet werden sowie eine allgemeine Rückmeldung zu den bestehenden Angeboten, Ausstattung und Funktionen, gemacht werden. Die Auswertung wird wichtige Hinweise geben, wie diese Räume genutzt werden und wo Defizite und Potenziale bestehen. Diese Erkenntnisse werden in die weitere Planung und Projektierung des öffentlichen Raums in Köniz einfließen und so die Basis für die künftige Gestaltung und Nutzung schaffen.

Einer der zu bewertenden Plätze war der Brühlplatz. Mit dem Erwerb der Liegenschaft Schwarzenburgstrasse 230 – 236, am Brühlplatz (Volksabstimmung ausstehend), bietet sich der Gemeinde die einmalige Chance, ein weiteres zentrales Areal im Entwicklungsgebiet zwischen Liebefeld Park und Bahnhof Köniz zu kaufen.

Die Gemeinde hätte damit auch die Möglichkeit, das Gebiet um den Brühlplatz, der sich bereits im Besitz der Gemeinde Köniz befindet, umfassend neu zu denken und zu gestalten. Bis zum Zeitpunkt der Neugestaltung sollen die Gebäude weiterhin als Wohn- und Geschäftsliegenschaften genutzt werden. In der Zwischenzeit wäre es denkbar, mit einem partizipativen Pilotprojekt eine Zwischennutzung zu lancieren und damit zu testen, welche Nutzungen sich für ein definitives Setting eignen würden.

3. Laufende Arbeiten und Koordination in der Gesamtgemeinde

Unabhängig vom konkreten Raum im Zentrum hat der Gemeinderat in der laufenden Legislatur einen Schwerpunkt bezüglich Frei- und Begegnungsräume gelegt. Dabei hat er mit der "Essenz Freiraumkonzept" definiert, dass sich die Freiraumplanung hauptsächlich mit dem Thema des öffentlichen Raums befasst. In der daraus injizierten direktionsübergreifenden Plattform Freiraum wird eine integrale Zusammenarbeit sowie eine bedarfsgerechte Partizipation in verschiedenen Phasen gefördert. So können die Potenziale der Nutzung und Gestaltung dieser Räume auf unterschiedlichen Ebenen (Planung bis Unterhalt) aktiv angegangen werden.

Da öffentlicher Raum auch Verhandlungsraum ist, braucht es Grundlagen, welche die Bedeutung und Verortung dieser Räume definieren. Dies soll in einem Fokusplan öffentlicher Raum erfolgen, welcher im Rahmen der Raumstrategie breit diskutiert wird.

In der Gemeindeverwaltung wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, um den Wissensaustausch bezüglich der Möglichkeiten und Randbedingungen für Entsiegelungs- und Begrünungsmassnahmen im Strassenraum zu fördern. Dabei geht es z.B. um die Anforderungen bezüglich dem Gewässerschutz, möglichen Lösungen für entsiegelte, aber weiterhin befahrbare Parkplätze oder die Anforderungen für Baumpflanzungen. Dieser Wissensaustausch – auch mit Fachverbänden und anderen Gemeinden – ist sehr wichtig, da es sich bei der Entsiegelung um eine relativ "junge Disziplin" handelt und viele Lösungen noch nicht über längere Zeit erprobt wurden. Erste kleine Flächen wurden unter der Federführung der Abteilung Verkehr und Unterhalt bereits entsiegelt und begrünt.¹

4. Bemerkungen zur Einbindung von Bedürfnissen und Ideen von Anwohner:innen

Es besteht der Grundsatz, dass sobald ein Vorhaben spruchreif ist, in geeigneter Form darüber informiert werden soll. Geeignet heisst, welche Zielgruppen wollen mit welcher Methode und welchen Instrumenten informiert werden (Veranstaltung, Medienbericht, Workshop, Begehung etc.). Ebenso kann zu diesem Zeitpunkt darüber informiert werden, wo eine höhere Partizipation eingebettet werden kann. Unser Bestreben nach viel Partizipation im öffentlichen Raum ist augenscheinlich, muss aber sämtlichen Bedarfsgruppen entsprechen. Es muss darauf geachtet werden, die Bedürfnisse unterschiedlicher Zielgruppen miteinzubeziehen und die genauen Bereiche der Partizipationsmöglichkeiten zu definieren.

5. Fazit

Hinsichtlich einer Konkretisierung eines erhöhten Baum-/Grünanteils zwischen Bläuackerplatz und Brühlstrasse scheint uns wichtig, die Realisierbarkeit und die damit verbundenen Herausforderungen zu beleuchten. Eine Machbarkeitsstudie für die Achse Bläuackerplatz-Schwarzenburgstrasse-Brühlplatz macht nur Sinn, wenn der Kanton im Lead ist, da ein Grossteil der betroffenen Flächen in seinem Eigentum sind. Eine Zustimmung des Kantons ist aufgrund knapper Ressourcen nicht zu erwarten. Hinzu kommen die Projektrisiken, die sich aus den (privaten) Eigentumsverhältnissen und den bekannten Raumansprüchen (Parkierung, Verkehr, Leitungen etc.) ergeben.

Wie oben dargelegt, setzt sich die Gemeinde bereits heute für die Begrünung im öffentlichen Raum ein und verfolgt mit temporären Massnahmen die grundsätzlichen Ziele der Motion. Es ist die Strategie der Gemeinde, dort anzupacken, wo konkrete Handlungsspielräume bestehen. Hierzu führt die Gemeindeverwaltung Gespräche mit angrenzenden Grundeigentümerschaften, über potenzielle Aufwertungsmassnahmen im Zentrum. Diese Ansätze verfolgen die Entwicklung und die schrittweise Verstetigung, im Sinne der Ziele der Motion.

¹ Ein weiteres, aktuelles Projekt im Perimeter betrifft z.B. auch die Entsiegelungsmassnahmen Ecke Schwarzenburg-/Wabersackerstrasse im Zusammenhang mit der Umgestaltung der Haltestellen der Linie 10 (Parlamentssitzung vom 10. Februar 2025).

Beispiele dafür sind der Bläuackerplatz, der Brühlplatz sowie das Areal Zentrum Köniz Nord², wo man im Gespräch mit den Grundeigentümerschaften ist. Bei diesen Arealentwicklungen sollen qualitative sowie klimaadaptive Aussenräume ein zentrales Thema werden. Aktuelle Projekte wie die Revitalisierung des Sulgenbachs (Bachöffnung mit dem geplanten öffentlichen Spielplatz beim Rappentöri³) werden das Zentrum von Köniz weiter begrünen und beleben.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass der Gemeinderat die Zielrichtung des Vorstosses teilt und bereits aktiv in verschiedenen Räumen und auf unterschiedlichen Ebenen hinsichtlich einer klimaadaptiven Siedlungsentwicklung unterwegs ist. Er schöpft das Handlungspotenzial bei gemeindeeigenen Parzellen aus und motiviert andere Grundeigentümerschaften, auch auf ihren Liegenschaften entsprechende Massnahmen zu ergreifen oder zu unterstützen. Bevor die kostspieligen und aufwändigen Arbeiten für eine Machbarkeitsstudie (auf fremdem Grundeigentum) angegangen werden, müssten der Wille und das Einverständnis der betroffenen Grundeigentümerschaften (allen voran der Kanton) eingeholt werden und die Chancen auf die kostspielige Umsetzung – ausserhalb der ordentlichen Sanierungshorizonte – müssten realistisch und konkret sein. So beantragt der Gemeinderat beim Parlament, die Motion in ein Postulat als erheblich zu erklären, damit den beteiligten und betroffenen Stakeholder im Perimeter entsprechende Gespräche geführt werden können, die finanziellen und prozessualen Risiken sauber abgeklärt werden können und das Parlament mittels Berichterstattung aufgezeigt werden kann, was die Gemeinde in ihrem Handlungsfreiraum konkret anpackt.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Motion wird als Postulat erheblich erklärt.

Köniz, 22. Januar 2025

Der Gemeinderat

Beilagen

- 1) Formelle Prüfung der Motion vom 23. September 2024

Diskussion

Erstunterzeichnerin, Laura Hoffman, Junge Grüne: Der Gemeinderat unterstützt die Zielrichtung der Motion "Grünes Zentrum Köniz" und ist, wie in der Antwort zur Motion dargelegt wurde, eine klimaadaptive Siedlungsentwicklung am Fördern. Die Gemeinde hat auch eine Arbeitsgruppe in der Verwaltung, welche Optionen von Entsiegelungs- und Begrünungsmassnahmen verfolgt. Dies begrüssen wir sehr. Die Möglichkeiten sind also da und jetzt geht es darum, diese rasch und proaktiv anzugehen.

Das ist die Ausgangslage, an welche wir, die Jungen Grünen/Grünen, anknüpfen, den ansonsten finden wir, wird die Begrünung des Zentrums Köniz bis Brühlplatz bzw. das Potential davon und die notwendigen Interessensabklärungen mit den entsprechenden Akteuren nicht genügend priorisiert und angegangen – auch gerade weil der Gemeinderat in der laufenden Legislatur den Frei- und Begegnungsräumen einen Schwerpunkt gegeben hat – finden wir, sollte dieser gute Wille in einer Weitergestaltung überführt werden. Hier erscheint der Gemeinderat dann aber doch gebremst.

² vgl. dazu auch: <https://www.koeniz.ch/wohnen/planen-und-bauen/planung-und-entwicklung/zentrum-koeniz-nord.page/1631>

³ Vgl. dazu auch: <https://www.koeniz.ch/wohnen/planen-und-bauen/planung-und-entwicklung/rappentoeri-arealentwicklung.page/633>

In der Motionsantwort wird in diesem Zusammenhang einerseits auf die limitierte Handlungs- und Entscheidungsfreiheit aufgrund der rechtlichen Situation mit den Kantonsstrassen – also der Schwarzenburgstrasse und der Könizstrasse – hingewiesen und andererseits auf die anspruchsvolle Zusammenarbeit mit allen Beteiligten. Seien dies Baurechtsnehmer, Nutzergruppen, Eigentümer und der Gemeinde an sich.

Ja, ein partizipativer Ansatz bedeutet intensive Dialoge und ist ein Prozess. Wir finden es auch gut, wird der öffentliche Raum so als ein gemeinsamer Verhandlungsraum behandelt. Doch schleichen diese Projektweiterentwicklungen voran, so, dass wir Jungen Grünen/Grünen uns fragen, wie lange es wohl gehen wird, bis auf dem Brühlplatz ein erster mobiler Baumtopf steht, statt diese Pfostenreihe, welche es auf diesem reizlosen Platz hat. Gemeindeseitig initiierte Gespräche dazu mit dem Kanton, könnten hier einen Anstoss geben, anstatt zu warten, dass sich die Finanzen in der Kantonskasse ändern und sie uns einmal entgegenkommen.

Auch vor dem Hintergrund der überwiegend positiven Rückmeldungen der Bevölkerung zum temporär begrünten Bläuacker, finden wir, es sollte vorwärts gehen. Das öffentliche Interesse an diesen qualitätssteigernden Transformationen ist gegeben. Auch ein Bedarf wird hier ausgedrückt, gerade weil solche Investitionen eine nachhaltige Wirkung haben – sozial, ökologisch und qualitativ, sind sie keine, wie hier auch manchmal genannte Luxusprojekte. Man muss an dieser Stelle also kaum darauf verweisen, dass der Brühlplatz aktuell eine der grössten Hitzeinseln im Umkreis der Gemeinde ist.

Eine Machbarkeitsstudie setzt direkt bei diesen Anliegen an. Die Studie fordert nichts, was nicht umsetzbar wäre. Im Gegenteil, der Nutzen der so erreichbaren planerischen, rechtlichen und ökologischen Bearbeitungstiefe mitsamt dem Detaillierungsgrad von kleinen, aber konkreten Vorschlägen könnte der aktuellen Situation gezielt helfen, besonders weil in der Antwort des Gemeinderates auch geschrieben wird, dass die Baumallee-Projektarbeit der Studierenden der Fachhochschule Ost nur als ein netter Gedankenanstoss gedient hat. Warum nicht die Hebel, welche man hat, in die Hände nehmen und einen Schritt vorausdenken?

Wir sehen das Potential in kleinen Massnahmen und Abklärungen, im Sinne von: Wie stehen die Eigentümer der Schwarzenburgstrasse zu Begrünungen von Fassaden mit Kletterpflanzen? Im Sommer ist es von Vorteil, weil durch den Sonnenschutz und der Verdunstungskühle einer solchen Begrünung die Temperaturen im Gebäudeinnenraum um einige Grad gesenkt werden können. Und zum Beispiel vor dem Lädli "Karriert" beim Coop hat es bereits einen kleinen Garten. Das Ziel müsste sein, stetig weitere Grünflächen zu schaffen – in der Horizontalen und Vertikalen.

Zum Schluss der Hinweis, dass viele dieser Massnahmen auch über die Spezialfinanzierung Mehrwertabschöpfung finanziert werden können und somit den Steuerhaushalt nicht belasten.

Aufgrund des heutigen Mehrheitsverhältnisses im Parlament, haben wir Junge Grüne/Grüne entschieden, vor dem Hintergrund dieser Ausführungen trotzdem auf ein Postulat einzulernen. Wir erwarten aber vom Gemeinderat, dass er die Möglichkeiten so oder so aktiv vorwärtstreibt, gerade auch unter Berücksichtigung der Bedürfnisse aus der Bevölkerung.

Fraktionssprecherin SP/JUSO, Janka Hamm, SP-Frauen: Zuerst einmal möchten wir dem Gemeinderat herzlich danken für die vielen wertvollen Arbeiten, die er zum Thema Begrünung schon unternommen hat oder die noch geplant sind. Dass sich der Gemeinderat der Wichtigkeit von klimadaptiven Siedlungsräumen bewusst ist und auch schon aktiv geworden ist, stimmt uns zuversichtlich. Auch der Wissensaustausch mit Fachverbänden und anderen Gemeinden beurteilen wir als sehr wertvoll.

Insbesondere die positiven Rückmeldungen aus dem Pilotprojekt «G wie grüner. Der Bläuacker» zeigen auf, dass die Begrünung des Zentrums Köniz ein Bedürfnis der Bevölkerung ist. Die temporären Massnahmen am Bläuackerplatz waren ein Schritt in die richtige Richtung, doch sie bleiben provisorisch und punktuell. Eine langfristige und strukturierte Begrünung ist erforderlich, um die Lebensqualität nachhaltig zu verbessern. Genau dies kann eine Machbarkeitsstudie leisten: Sie würde klare, fundierte Grundlagen für dauerhafte Lösungen schaffen. Jetzt ist es an der Zeit, diesen Schritt zu gehen und gestützt auf die Vorarbeiten vertiefte Abklärungen vorzunehmen.

Die Bedenken des Gemeinderats, der Kanton könne aufgrund von knappen Mitteln die Umgestaltung der Strassen, die in seinem Eigentum stehen, nicht gutheissen, können wir zwar nachvollziehen. Sie sind aber kein valides Argument, um von einer Machbarkeitsstudie abzusehen. Im Gegenteil: Die Machbarkeitsstudie zeigt eben typischerweise gerade auf, wo die Grenzen des Machbaren sind und was es für Alternativen gibt, trotz kantonalen Einschränkungen Verbesserungen zu erzielen.

Die vorliegende Motion lässt offen, wo konkret der graue Beton einer grünen, klimafreundlichen Bepflanzung weichen soll. Gefordert wird nur, dass sich die Studie räumlich auf das Zentrum von Köniz fokussiert und dass nebst anderen Varianten die Errichtung einer Baumallee zu prüfen ist.

Im Auftrag ist also genügend Spielraum vorhanden, um auch Varianten aufzuzeigen, die ohne Einbezug von Kantonsgebiet auskommen. Fantasie und "thinking out of the box" sind gefragt.

Der Gemeinderat betont in seiner Antwort, dass schon Gespräche mit betroffenen Grundeigentümern und Grundeigentümerinnen geführt werden. Aber ohne eine klare Planungsgrundlage bleiben diese Gespräche vage und unverbindlich. Eine Machbarkeitsstudie würde es ermöglichen, konkrete Umsetzungsmassnahmen aufzuzeigen und eine fundierte Grundlage für Verhandlungen mit dem Kanton und weiteren Akteuren zu schaffen.

Wir von der SP/JUSO-Fraktion fordern darum das Parlament auf, an der Motion festzuhalten. Ein "grünes Zentrum" ist nicht nur eine ästhetische Massnahme, sondern eine notwendige Anpassung an die veränderten klimatischen Bedingungen. Dies erfordert eine langfristige Planung. Eine Machbarkeitsstudie ist der erste essenzielle Schritt auf diesem Weg.

Fraktionssprecher EVP-GLP-Mitte, Andreas Hauser, GLP: Die EVP-GLP-Mitte-Fraktion sagt einstimmig "ja" zum Vorstoss, zumal Laura bereit ist, ihn in ein Postulat umzuwandeln.

Das Zentrum von Köniz braucht unbedingt mehr Leben. Nicht nur der Brühlplatz ist zum "brüelen". Wir danken dem Gemeinderat für seine Antwort und mehr noch für sein initiatives Handeln in diese Richtung. Mit unserem "ja" rufen wir ihm zu: Weiter so!

Und weil Laura gerade erklärt hat, dass sie in ein Postulat umwandelt, erübrigt sich der Rest meines Votums.

Fraktionssprecherin FDP, Heidi Eberhard: Vielen Dank der Direktion Planung und Verkehr für die ausführliche Beantwortung. Wir haben somit alle Fakten auf dem Tisch.

Vorweg sei gesagt, dass auch wir von der FDP. Die Liberalen die klimaadaptiven Siedlungsräume als wichtig betrachten. Alles an seinem Ort und dort, wo es Sinn macht. Zudem an Orten und Stellen, wo die Besitzer des Bodens, auf welchem allenfalls Lindenbäume und/oder Pappeln als Alleen zu stehen kommen könnten, sich durchaus Überlegungen machen, planen und umsetzen können - wenn es denn keine Einsprachen gibt.

Nebst anderem habt ihr die Prüfung einer Baumallee verlangt. Alle wissen, dass eine Allee entweder eine breite Strasse mit Bäumen zu beiden Seiten ist - wie an der Engstrasse in Bern, von der inneren zur äusseren Enge - oder durch eine Baumreihe, in der Mitte getrennte Strasse. Beides ist im Zentrum von Köniz illusorisch. Beim vorliegenden Vorstoss der Fraktion Junge Grüne/Grüne, SP/JUSO geht es um das Zentrum Köniz, konkret um die Strecke vom Brühlplatz zum Bläuackerplatz.

Wie wir der umfassenden Antwort entnehmen können, betreffen diese Strassenabschnitte die Kantonsstrassen. Das heisst, sie sind im Besitz des Kantons. Der Gemeinde Köniz bringt eine Machbarkeitsstudie nebst Kosten für die Erstellung, Beizug von externen Experten sowie der grosse Aufwand der Gemeindeverwaltung nicht der gewünschte Effekt. Denn es würde für fremden Besitz geplant. Dort, wo auch besitzertechnisch möglich, ist die Gemeinde bereit, langfristig das Zentrum mit Bäumen und Sitzgelegenheiten zu verschönern und dadurch attraktiver und grüner zu gestalten. Diese Zusage und auch die Willensbekundung, Entsiegelungen dort vorzunehmen, wo diese sinnvoll und möglich sind, reicht uns der FDP. Die Liberalen durchaus.

Beim Fazit wird von den Fachleuten der Direktion DPV darauf hingewiesen, dass eine Machbarkeitsstudie auf besagter Achse nur Sinn macht, wenn der Kanton als Besitzer im Lead ist. Wir erkennen an, dass die Gemeinde bereits dort aktiv ist, wo sie dies auch kann.

Die Fraktion FDP. Die Liberalen lehnt daher sowohl die Motion als auch die Umwandlung der Motion in ein Postulat einstimmig ab.

Fraktionssprecher SVP, Roland Hofer: Die SVP-Fraktion ist einstimmig gegen diese Motion und das Postulat.

Diese ganze Sache ist für uns einfach nicht umsetzbar. Sie ist zu teuer – wie ihr bereits gehört habt, ist der Boden privat, dem Kanton Bern und ein kleiner Ecken, der Gemeinde. Ich glaube nicht, dass die Privaten einen Baum vor ihrem Fenster wollen und dann die Aussicht nicht mehr geniessen können. Der Unterhalt der ganzen Sache ist ebenfalls riesig und mit viel Kosten verbunden. Im Sommer, wenn es heiss und trocken ist, muss die bill + meyer AG mit Wasser giessen kommen und die Gefahr besteht, dass die jungen Bäume verdorren, trotz der weissen Farbe, welche sie am Stamm anstreichen. Und dann muss ein neuer Baum gepflanzt werden und das braucht alles Geld.

Die Gemeinde Köniz macht genügend in solchen Angelegenheiten: Zum Beispiel auch bei der Buslinie 10, dort sieht man auch, dass hier und da ein Bäumchen gepflanzt wird und Grünflächen gemacht werden.

Schlussendlich ist die ganze Sache eine Beübung und eine Geringschätzung unserer Gemeindeverwaltung - Doppelspurigkeit, wenn man jetzt mit einer Motion oder eben einem Postulat kommt – und ja, so viel zum Thema effiziente Sitzungen.

Gemeinderat, Christian Burren, SVP: Ich will eigentlich den Aufruf von Andreas Hauser aufnehmen: Weiter so! Das ist zusammengefasst das, was der Gemeinderat will.

Wenn ich das Votum von Laura Hoffmann gehört habe, dann hatte ich beinahe den Eindruck, die Gemeinde hätte noch nicht gemerkt, was es geschlagen hat und mache nichts. Aber wir haben extra eine Stelle geschaffen, einen Freiraumplaner angestellt, wir haben die Plattform "Freiraum" ins Leben gerufen, welche übrigens auch die Antwort auf diesen Vorstoss – ich hoffe, das habt ihr gemerkt – abteilungsübergreifend erarbeitet hat. Das ist nicht irgendetwas im luftleeren Raum – zum luftleeren Raum komme ich dann noch.

Wir haben mit der mobilen Begrünung des Bläuackerplatzes versucht aufzuzeigen, was machbar ist. Die Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Ost war nicht zufällig, wir haben uns dort zur Verfügung gestellt – ihr seht, wenn man dort einen Input bekommen kann, dann machen wir das, wir machen gerne solche Zusammenarbeiten. Aber diese Machbarkeitsstudie – wir haben es in der Antwort geschrieben – wir planen hier über fremdes Eigentum. Ich habe zuvor gehört, dass könne man ja gut machen ohne Kanton. Ja wie denn? Dann planen wir effektiv im luftleeren Raum und das macht keinen Sinn.

Ich kann euch versichern, dort, wo wir Möglichkeiten haben, versuchen wir die Situation zu verbessern. Aber hier mit einer Machbarkeitsstudie über beinahe 100% fremdes Eigentum, da schießen wir über das Ziel hinaus und kommen nicht schneller vorwärts. Wir müssen dort in kleinen Schritten arbeiten. Wir haben Zielvorstellungen, wie wir dies machen wollen, aber jetzt hier gross Geld auszugeben, das macht wenig Sinn.

Und dann habe ich noch gehört, Mehrwertabschöpfungsfonds, kein Problem, das belastet den Steuerhaushalt nicht. Es ist trotzdem Geld der öffentlichen Hand, welches hier verwendet wird. Und wir sind ja bereit, ein Bericht zum Postulat zu erarbeiten, was wir sehen, sobald wir neue Erkenntnisse haben, aber ich bitte euch wirklich, dem Antrag des Gemeinderates zu folgen und das Postulat zu überweisen, aber nicht als Motion.

Erstunterzeichnerin, Laura Hoffman, Junge Grüne: Nur kurz als Reaktion: Die Jungen Grünen haben gefordert, dass gemeindeseitig proaktiver der Austausch mit dem Kanton gesucht wird, also luftleerer Raum ist hier nicht das Stichwort, welches für uns passend erscheint.

Und bezüglich Steuerhaushalt: Dort sehen wir wie dies dargestellt wird, aber da geht es um eine Prioritätensetzung, welche wir anders machen.

Beschluss

Die Motion wird als Postulat erheblich erklärt.

(Abstimmungsergebnis: 27 Stimmen für erheblich erklären / 7 Stimmen für ablehnen)

PAR 2025/25

V2410 Interpellation (SP/JUSO, Junge Grüne) „Elektrifizierung von Parkplätzen für Carsharing Fahrzeuge“

Beantwortung; Direktion Umwelt und Betriebe

Vorstosstext

Die Gemeinde Köniz hat das Klimamassnahmenpaket⁴ 2024 verabschiedet. Unter Punkt 2.3 wird festgehalten, dass der Verkehr hinsichtlich Energieverbrauch, Umweltbelastung, Kosten und Flächenverbrauch verträglich gestaltet werden soll. Und bei Punkt 2.3.2 wird explizit auf ein Konzept zur Förderung der Elektromobilität hingewiesen.

Auf dem Gemeindegebiet von Köniz gibt es ca. 25 Mobility Verleihstationen⁵. Diese stehen teilweise auf privaten Parkplätzen, aber auch auf gemeindeeigenen Parkplätzen. Leider stehen bisher nur Hybridfahrzeuge zur Verfügung. Mobility weist darauf hin, dass sie reine Elektrofahrzeuge zur Verfügung stellen würden, wenn sie bei der Elektrifizierung der Parkplätze von der Gemeinde Köniz unterstützt würden. Mobility mietet die Parkplätze nur und ist darauf angewiesen, dass die Parkplatzvermieterinnen und Parkplatzvermieter die Stromanschlüsse zur Verfügung stellen.

Die Gemeinde Köniz wiederum weist darauf hin (nach Nachfrage bei der Abteilung Verkehr), dass einzelne Infrastrukturen wie z.B. unterirdische Leitungen für die Elektrifizierung bereits realisiert wurden (z.B. bei der Endstation Blinzern). Der Endausbau müsse aber vom Unternehmen selber kommen.

Die Verantwortung zur Realisierung von Ladestationen auf den Mobility-Parkplätzen wird zwischen der Gemeinde und Mobility hin und her geschoben.

Es stellen sich folgende Fragen:

1. Gibt es bereits Elektro-Ladestationen im Könizer Gemeindegebiet? Wie viele liegen im öffentlichen, bzw. im gemeindeeigenen Raum und sind weitere Standorte geplant? Wie sieht der Zeitplan für die Realisierung von weiteren Ladestationen für Elektrofahrzeuge aus?
2. Wie will die Gemeinde das Netto-Null-Ziel 2045 auf dem Gemeindegebiet in Bezug auf die Elektrifizierung des Verkehrs erreichen, bzw. was wurde bereits realisiert und was ist noch geplant?
3. Plant die Gemeinde Massnahmen im Bereich Carsharing und Steckerfahrzeuge? Wenn ja, was und in welchem Zeithorizont? Wie viele gemeindeeigenen Parkplätze für Carsharing-Fahrzeuge gibt es? Und was kosten diese?
4. Besteht die Möglichkeit, einen Beitrag aus dem Klimafond für den Bau von Elektroladestationen zu verwenden?
5. Wie sieht die Situation im Bereich Elektrifizierung von Parkplätzen für Carsharing-Fahrzeugen in anderen Gemeinden aus und gibt es hier Beispiele für eine zügige Umsetzung von flächendeckenden Parkplätzen mit Elektro-Ladestationen im Carsharing-Bereich?

Eingereicht

04.11.2024

⁴<https://www.koeniz.ch/wohnen/energie/klima-und-energiepolitik/klima-massnahmenpaket.page/1579>

⁵<https://www.mobility.ch/de/privatkunden/standorte>

Unterschrieben von 22 Parlamentsmitgliedern

Franziska Adam, Bülent Celik, Janka Hamm, Urs Mumenthaler, Roger Tanner, Lukas Erni, Brigitte Rohrbach, Rahel Gall, Géraldine Boesch, Isabelle Steiner, David Müller, Mayra Faccio, Christina Aebischer, Andreas Hauser, Sandra Röthlisberger, Monika Röthlisberger, Christine Müller, Arlette Mürger, Dominik Fischli, Sara Gasser, Laura Hoffman, Casimir von Arx

Antwort des Gemeinderates

1. Gibt es bereits Elektro-Ladestationen im Könizer Gemeindegebiet? Wie viele liegen im öffentlichen, bzw. im gemeindeeigenen Raum und sind weitere Standorte geplant? Wie sieht der Zeitplan für die Realisierung von weiteren Ladestationen für Elektrofahrzeuge aus?

Gemäss dem Geoportal des Bundes gibt es per Dezember 2024 in der Gemeinde Köniz 10 Standorte mit allgemein zugänglichen Ladestationen mit insgesamt 29 Ladepunkten⁶. Zwei Ladestationen mit insgesamt 4 Ladepunkten befinden sich auf gemeindeeigenem Grund. Zusätzlich gibt es Unternehmen, welche ihren Kunden Lademöglichkeiten anbieten. Diese sind in der Regel nicht allgemein zugänglich und somit auch nicht auf den Karten der Ladestationen erfasst. Eben so wenig sind die Anzahl der Ladestationen auf privaten Grundstücken inkl. Einstellhallen bekannt.

Ortsteil	Ladepunkte und Leistung	Standort	Ladenetz
3084 Wabern	4x 11 kW AC	Migros Einstellhalle Gurtenbahn	Move
3097 Liebefeld	2x 50 kW DC	Gemeindeparkplätze Neuhausplatz	Shell Recharge
	4x 22 kW AC	BEKB	Move
	2x 22 kW AC 2x 64 kW DC	Coop Steinhölzli	swisscharge
3098 Köniz	2x 160 kW DC	Gemeindeparkplätze Brühlplatz	GoFast
	2x 22 kW AC	Coop Stapfen	swisscharge
3145 Niederscherli	2x 22 kW AC	Landi Schwarzwasser	swisscharge
3172 Niederwangen	3x 22 kW AC 2x 50 kW DC	Auto Marti AG	eCarUp
3173 Oberwangen	2x 22 kW AC	Mosimann Holzbau AG	eCarUp
3174 Thörishaus	2x 22 kW AC	Tankstelle Agrola	swisscharge

Tabelle 1: Allgemein zugängliche Ladestationen in der Gemeinde Köniz im Dezember 2024. Quelle: map.geo.admin.ch

Momentan sind keine weiteren allgemein zugängliche Ladestationen auf gemeindeeigenen Parkplätzen geplant.

2. Wie will die Gemeinde das Netto-Null-Ziel 2045 auf dem Gemeindegebiet in Bezug auf die Elektrifizierung des Verkehrs erreichen, bzw. was wurde bereits realisiert und was ist noch geplant?

Der Verkehr machte im 2022 rund 35 % der direkten CO₂-Emissionen in Köniz aus. Aufgrund beschränkter CO₂-Ausgleichsmöglichkeiten müssen die direkten CO₂-Emissionen aus dem Verkehrsbereich bis 2045 nahezu vollständig eliminiert sein. Dies soll durch die "4-V-Strategie" hin zu einer nachhaltigen Mobilität erreicht werden. Eine reine "Antriebswende" von fossil zu elektrisch erachtet der Gemeinderat als nicht erstrebenswert. Vielmehr geht es darum, den motorisierten Individualverkehr primär durch Vermeidung und Verlagerung zu *reduzieren*. Die 4-V-Strategie orientiert sich deshalb an folgender Prioritätsordnung:

⁶ Ein Ladepunkt ist ein Parkplatz zum Laden. Ein Ladestandort kann mehrere Ladestationen mit mehreren Ladepunkten haben. In der Regel hat eine Ladestation zwei Ladepunkte. Quelle: map.geo.admin.ch -> Ladestationen für Elektroautos (Status "in Betrieb")

1. Vermeidung durch eine nachhaltige Raumentwicklung ("15-Minuten-Stadt")
2. Verlagerung des motorisierten Individualverkehrs auf Fuss- und Veloverkehr und auf den öffentlichen Verkehr
3. Verträglich gestalten, u.a. durch Elektrifizierung
4. Vernetzen der Mobilitätsangebote

Die Elektrifizierung der Fahrzeugflotte als dritte Priorität wird massgeblich von übergeordneten Rahmenbedingungen gesteuert, namentlich von den CO₂-Grenzwerten für in der Schweiz zugelassene Neufahrzeuge. Sie sind gesetzlich im CO₂-Gesetz verankert und orientieren sich an den EU-Vorgaben. Aktuell liegen die Grenzwerte für Personenwagen bei 93.5 g CO₂/km⁷. Ab 2030 gelten für neu in Verkehr gesetzte Personenwagen 49.5 g CO₂/km⁷.

Die EU hat beschlossen, dass ab 2035 neue Personenwagen und leichte Nutzfahrzeuge kein CO₂ mehr emittieren dürfen. Ob die Schweiz ein solches Verbot ebenfalls übernehmen wird, ist im Moment noch offen. Klar ist, dass sich die Schweizer Importeure an den Angeboten der Hersteller orientieren müssen und dass diese nach dem Willen der EU mittelfristig keine Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren für den europäischen Markt mehr herstellen werden. Vor diesem Hintergrund ist es absehbar, dass bis 2045 auf Könizer Strassen fast ausschliesslich Elektrofahrzeuge unterwegs sein werden. In wenigen Fällen könnte es auch noch Fahrzeuge geben, die mit klimaneutralem synthetischem Treibstoff, Biogas oder grünem Wasserstoff betrieben werden.

Der Gemeinderat beabsichtigt die AUL mit der Erarbeitung eines "Elektromobilitätskonzept" zur Beschleunigung, Steuerung und Rollenklärung in Bezug auf die Elektromobilität zu beauftragen. Die Grundlage bilden Bedarfsanalysen zur Ladeinfrastruktur.

Erwähnenswert ist neben der Elektrifizierung der gemeindeeigenen Fahrzeugflotte auch die Elektrifizierung des öffentlichen Verkehrs. Neben der Tramlinie 9 ist die Buslinie 17 bereits elektrisch unterwegs. Die Buslinien 10, 19 und 29 werden demnächst folgen.

3. Plant die Gemeinde Massnahmen im Bereich Carsharing und Steckerfahrzeuge? Wenn ja, was und in welchem Zeithorizont? Wie viele gemeindeeigenen Parkplätze für Carsharing-Fahrzeuge gibt es? Und was kosten diese?

Aktuell sind keine konkreten Massnahmen der Gemeinde zur Elektrifizierung der Mobility-Standorte auf Gemeindeparkplätzen geplant. Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass es nicht Aufgabe der Gemeinde ist, Carsharing-Parkplätze zu elektrifizieren. Die Gemeinde steht aber in Kontakt mit Mobility, um die Voraussetzungen für eine Elektrifizierung zu verbessern. Mobility könnte bspw. Standorte an Orten bündeln, die sich für die Elektrifizierung besser eignen oder die Gemeinde könnte bei ohnehin anstehenden Sanierungsarbeiten Leerrohre verlegen (wie bspw. am Standort Spiegel/Blinzern), sofern dort eine länger dauernde Carsharing-Nutzung geplant ist.

Heute sind an 10 Standorten auf 14 gemeindeeigenen Parkplätzen Carsharing-Angebote von Mobility in Betrieb (siehe Tabelle 2). Zusammen mit den Fahrzeugen auf privaten Parkplätzen stehen der Könizer Bevölkerung 28 Mobility-Fahrzeuge zur Verfügung (Standorte siehe Website von Mobility). Alle Fahrzeuge sind aktuell noch mit fossilen Treibstoffen oder als Hybride unterwegs. Einer der Gründe dafür liegt gemäss Mobility in den hohen Erschliessungskosten für Strom und in der relativ kurzen Dauer der Sondernutzungskonzessionen bzw. der Mietverträge. Für die Standorte auf gemeindeeigenen Parkplätzen betragen die Gebühren für die Miete bzw. die Konzessionsabgabe CHF 50.- pro Parkplatz und Monat bzw. CHF 600.- pro Parkplatz und Jahr. Die Einnahmen belaufen sich folglich auf insgesamt CHF 8'400.- pro Jahr.

Ortsteil	Standort	Anzahl Parkplätze
3098 Köniz	Brühlplatz	1
3098 Köniz	Bahnhof	5
3084 Wabern	Lerbermattstrasse	1
3084 Wabern	Giessenweg	1
3095 Spiegel	Chasseralstrasse	1
3095 Spiegel	Spiegelstrasse (Endstation Linie 19)	1
3172 Niederwangen	Bahnhof	1
3097 Liebefeld	Könizbergstrasse	1
3097 Liebefeld	Hohle Gasse	1

⁷ vgl. Art. 10 Abs. 1 Bundesgesetz über die Reduktion der CO₂-Emissionen.

3097 Liebefeld	Wabersackerstrasse (Dreispietz)	1
TOTAL		14

Tabelle 2: Standorte von Mobility auf gemeindeeigenen Parkplätzen.

4. Besteht die Möglichkeit, einen Beitrag aus dem Klimafond für den Bau von Elektroladestationen zu verwenden?

Mit den aktuell gültigen Bestimmungen im Klimaschutzreglement Art. 8 Abs. 2 dürfen die Mittel aus der SF Klimaschutz nur für *Massnahmen der Gemeinde* verwendet werden. Eine Mitfinanzierung von Elektroladestationen im Eigentum der Carsharing-Anbieter ist deshalb nicht möglich.

5. Wie sieht die Situation im Bereich Elektrifizierung von Parkplätzen für Carsharing-Fahrzeugen in anderen Gemeinden aus und gibt es hier Beispiele für eine zügige Umsetzung von flächendeckenden Parkplätzen mit Elektro-Ladestationen im Carsharing-Bereich?

Abgesehen von der Stadt Bern sind keine konkreten Massnahmen für die Elektrifizierung einzelner oder mehrerer Standorte von Carsharing-Fahrzeugen bei den angefragten Gemeinden (Bern, Ostermundigen, Biel, Burgdorf) vorgesehen. In der Stadt Bern startet demnächst ein Pilotprojekt zur Elektrifizierung von zwei Mobility-Standorten. Die Absicht ist, dass neben den Mobility-Fahrzeugen auf den angrenzenden öffentlichen Parkplätzen auch Privatfahrzeuge geladen werden können.⁸ Falls sich das Konzept bewährt, soll es auf weitere Standorte in der Stadt Bern ausgeweitet werden. Der Gemeinderat wird den Lösungsansatz mit Interesse mitverfolgen.

Köniz, 5. Februar 2025

Der Gemeinderat

Diskussion

Erstunterzeichnerin, Franziska Adam, SP Frauen: Vielen Dank für die Antwort des Gemeinderates. Zum Vorwegnehmen: Ich bin nicht befriedigt mit der Antwort zur Interpellation.

In Köniz war der Verkehr im Jahre 2022 für rund 35% der CO₂-Emissionen verantwortlich. Und gemäss Klimaziele soll der CO₂-Ausstoss bis 2045 auf 0 sein. Das sind Fakten und das heisst, die Gemeinde Köniz muss hier etwas unternehmen. Wenn bis 2045 auf den Könizer Strassen fast ausschliesslich Elektrofahrzeuge unterwegs sein sollen, sollte man möglichst schnell mit einem Elektromobilitätskonzept starten.

Wie wir aus der Antwort des Gemeinderates lesen können, will die Gemeinde nach der Systematik der 4 V-Strategie beim Verkehr handeln. Die 4 Punkte lauten: Vermeidung des Verkehrs, Verlagerung des MIV auf Fuss- und Veloverkehr und ÖV und verträgliche Gestaltung und Vernetzung der Mobilitätsangebote.

Unter Punkt drei wird erwähnt, dass der Verkehr verträglich gestaltet sein muss, unter anderem durch die Elektrifizierung. Dazu benötigt es aber Ladestationen.

Es kann ja nicht sein, dass wir weiterhin zuwarten und Tee trinken. Wie sollen wir hier unsere Klimaziele erreichen? Inzwischen muss allen klar sein, dass es Anreize braucht. Und einer dieser Anreize sind mehr Ladestationen für die Elektrofahrzeuge.

In Köniz gibt es bereits 28 Mobility-Fahrzeuge. Vielleicht gibt es auch noch andere Carsharing Fahrzeuge, wie mir Reto geschrieben hat. Diese sind mir aber nicht bekannt. Wenn diese Carsharing-Fahrzeuge keine Emissionen verursachen, ist dies ein erster Schritt Richtung Klimaneutralität. Ich verstehe nicht, warum man zuerst einmal abwarten will, bei diesem Projekt zum Beispiel, welches Bern macht. Auch Köniz könnte hier doch etwas wagen.

Und weil jede Innovation immer wieder mit den fehlenden Finanzen gekoppelt wird und auch so argumentiert wird und so einen sehr schweren Stand hat, wünsche ich mir, dass der Klimafonds möglichst schnell angepasst wird, damit genau solche Projekte wie die Elektrifizierung von Carsharing-Fahrzeuge unterstützt werden, wie dies zum Beispiel beim Berner Projekt geplant ist.

⁸ https://www.bern.ch/mediencenter/medienmitteilungen/aktuell_ptk/test-mit-e-ladestationen-an-zwei-mobility-standorten

Hier könnte die Gemeinde Köniz ein Leuchtturm-Projekt entwickeln, was der Bevölkerung und vor allem dem Klima zu Gute kommt.

Lukas Erni, Grüne: Wir danken dem Gemeinderat für die Beantwortung dieser Interpellation. Das Thema erinnert mich ein bisschen an ein Huhn-Ei-Problem. Ladestationen brauchen eine Nachfrage an Elektrofahrzeugen und Elektrofahrzeuge brauchen genügend Lademöglichkeiten.

Leider sehen wir, dass die Elektrifizierung des Strassenverkehrs auf relativ tiefem Niveau stagniert. Es gibt immer mehr Autos, diese werden immer grösser und sie werden leider immer schwerer. Und die Autolobby leistet ihren Beitrag dazu, indem sie zur Primetime Werbespots für überdimensionierte Spritschleudern wirbt. Es gibt also dringenden Handlungsbedarf.

Wenn das Carsharing-Angebot in der Gemeinde Köniz ausschliesslich aus Verbrennern und einem Teil davon Hybrid – doch das ist nicht viel besser – besteht, dann finden wir dies ehrlich gesagt ziemlich beschämend. Nicht nur, weil es einen breiten Konsens über die Vorteile der Elektrofahrzeuge gibt, sondern auch, weil ein Angebot auch eine Nachfrage schafft.

Im Gegensatz zum Gemeinderat sehen wir Carsharing sehr wohl als Teil dieser 4 V-Strategie. Laut einer Studie, welche Mobility in diesem Jahr in Auftrag gegeben hat und die Resultate eben erst veröffentlicht wurden, ersetzt nämlich ein einziges Carsharing-Fahrzeug im Durchschnitt beinahe 18 Privatfahrzeuge. Das ist relativ gut, finden wir.

Wir erwarten darum auch, dass Köniz mithilfe, über ein gut ausgebautes Ladenetz zu verfügen. Die Gemeinde kann problemlos ihre eigenen Parkplätze - und dazu gehört auch ein Teil der Mobility-Parkplätze - wo nötig und wo sinnvoll mit Ladeanschlüssen ausstatten oder Dritte damit beauftragen. Wir sehen dies genau gleich, wie meine Vorrednerin, man kann dies auch so machen wie Bern, man könnte das auch von uns aus anstossen und das würden wir sehr begrüßen.

Und wenn das Ganze auch noch anbieterunabhängig geschieht – wir haben gehört, es gibt auch noch andere Anbieter von Carsharing – dann sehen wir auch kein Problem, hier Mittel des Klimaschutzfonds zu nutzen. Wir laden darum den Gemeinderat ein, diese Chance aktiv und pragmatisch anzugehen. Mit der Beantwortung sind wir teilweise befriedigt.

Parlamentspräsident Casimir von Arx: Ich halte fest, dass nur die Erstunterzeichnerin ihre Befriedigung zu Protokoll geben kann.

Florian Moser, SVP: Ich vertrete hier bei diesem Votum sicherlich nicht die Gesamtraktionsmeinung, wir haben hier im Bereich Elektromobilität etwas unterschiedliche Ansichten.

Ich gebe darum auch meine Interessensbindung bekannt, ich bin Mitarbeiter bei der Landi Schwarzwasser, einem regionalen Unternehmen, welches in der Gemeinde Köniz und im Gebiet Gantrisch tätig ist. Wir haben Mobilitätslösungen für heute und Morgen. Wir haben Tankstellen, an welchen wir fossile Treibstoffe vertreiben, wir betreiben aber auch Ladestationen und haben dazu noch ein Carsharing.

Franziska Adam, es gibt es also. Es gibt sogar ein regionales Unternehmen, welches ein Carsharing anbietet. Und ich bin der Meinung, dass man sicherlich etwas mehr in Bezug auf Ladestationen auf gemeindeeigenem Boden fördern könnte. Man macht dies jetzt noch nicht so und es ist auch eine finanzielle Frage, es ist klar.

Wir haben in der Beantwortung gesehen, wir sprechen hier von zehn Anbietern, welche vielleicht etwa 20 Ladestellen zur Verfügung stellen, aber die Gemeinde könnte mit ihrer Haltung in diesem Bereich eine Art Dosenöffner sein. Mit ihrer Einstellung beeinflusst sie die Förderung oder den Status Quo. Man könnte hier also eine etwas offenere Haltung für Konzepte von Drittanbietern oder auch in Eigenregie haben. Eventuell mit einem kleinen Projekt beginnen, auf einem Gemeindeparkplatz und dann schauen, wie es sich entwickelt, wie der Bedarf ist und vielleicht könnte man auch ein Projekt mit Drittanbietern machen. Wie auch immer. Es gibt verschiedene Möglichkeiten. Aber man zeigt hier den Willen noch nicht.

Und wenn es sogar möglich sein sollte, mit einem regionalen Unternehmen zusammen zu arbeiten, dann ist es umso besser, dann kann man eine Lösung finden und dann kann man eine regionale Lösung anbieten, womit man einen "USP" generieren kann. Das ist Wirtschaftsförderung für das regionale Gewerbe. Auf jeden Fall könnte man solche Projekte machen. Es ist eigentlich nichts anderes, als einen Parkplatz, auf welchem man Strom anbietet und den Strom verkauft und man kann den Strom ja teurer verkaufen, als man diesen einkauft, also ist es unter Umständen ein "Business Case". Man hat heute viele Parkplätze, auf welchen aber noch keine Ladestation vorhanden ist und wenn diese nicht kommen, dann haben wir auch das Problem, dass die Leute nicht bereit sind, Elektrofahrzeuge zu kaufen.

Und wenn wir Anbieter haben, welche auf einen Gemeindeparkplatz kommen wollen und alles selber erarbeiten müssen und sogar noch eine Miete für den Platz bezahlen müssen, dann ist auch der "Business Case" nicht mehr gut und dann macht es niemand mehr. Darum müssen dort alle Player zusammenkommen und schauen, wie man dies am besten organisieren könnte. Denn die meisten, welche ein Elektrofahrzeug haben, haben sicherlich zu Hause die Möglichkeit um zu laden und eventuell auch noch die Möglichkeit, beim Arbeitgeber zu laden.

Ich möchte noch betonen, dass ich nicht unbedingt dafür bin, dass man das Mobility-Angebot fördert, denn es gibt regionale Unternehmen, mit welchen man es intern lösen kann. Und es kann unter Umständen auch kostenneutral sein, weil man es vermieten und dadurch wieder Einnahmen generieren kann. Einfach ist genial, verhältnismässig muss es sein und pragmatisch und dann bedeutet dies auch einen Imagegewinn für die Gemeinde und so kommen wir weiter.

Reto Zbinden, SVP: Ich komme ausnahmsweise einmal zu einer Interpellation. Franziska Adam hat es bereits gesagt, diese hat mich wirklich etwas auf den Plan gerufen und heute haben wir noch etwas Zeit, es geht noch einige Minuten bis zur Pizza.

Ich habe die gleichen Interessenbindung wie Florian Moser zuvor, aber nicht ganz die gleiche Meinung. Denn Lukas, es ist schlicht und einfach nicht wahr, dass es hier nur fossile und hybride Carsharing-Angebote gibt, das gibt es in der ganzen Schweiz nicht, es gibt viel mehr Anbieter als nur Mobility und viel mehr als unser Angebot der Landi. Ich komme bei diesem Vorstoss wirklich nicht draus.

Die Gemeinde soll jetzt also e-Ladestationen zur Verfügung stellen. Wirklich? Ansonsten ist man immer gegen den MIV. Man versucht überall, wo immer möglich, Parkplätze zu verhindern, man bekämpft an jeder Ecke jede Strasse, jede Autobahn und alles und hier soll nun die öffentliche Hand den MIV fördern? Ich verstehe diesen Vorstoss nicht.

Die Aufgabe der Gemeinde ist es, gute Rahmenbedingungen für die Unternehmen zu schaffen und auch hier geht es sicher um gute Rahmenbedingungen, dass man dies ermöglichen kann, damit man jenen Unternehmen, welche dies bereits machen, dass man diesen möglichst gute Rahmenbedingungen von der Gemeinde gibt. Aber es kann nicht sein, dass die Gemeinde damit beginnt, einzelne Unternehmen zu fördern. Sonst müssen wir noch weiterfahren und jenen Garagen, welche mehr e-Fahrzeuge in Verkehr setzen, als andere, ebenfalls fördern und so weiter und so weiter.

Im Vorstoss wird sogar der Marktleader explizit erwähnt, den man besser unterstützen sollte. Damit würgt man auch gleich jegliche Innovation ab. Es gibt bereits Unternehmer, diese sind zu 100% elektrisch mit Carsharing-Angeboten unterwegs. Ich selber war jetzt vier Monate lang mit Carsharing unterwegs: Ich habe jenes der Landi beansprucht, ich habe jenes vom Vater gebraucht, ich habe jene von Kollegen gebraucht, ich hatte kein eigenes Auto – kein Problem, das funktioniert, alles elektrisch. Ich sehe wirklich das Problem nicht und wenn man beginnt, etwas explizit zu fördern, wo wollen wir dann aufhören?

Darum bin ich von der Antwort befriedigt, ich kann ja den Vorstoss selber nicht ablehnen.

Lukas Erni, Grüne: Ich nehme dieses Angebot natürlich gerne an, wenn wir noch etwas Zeit haben. Man soll ja auch spontane Debatten führen.

Tatsächlich, Reto Zbinden, ich nehme es gerne zurück, es gibt tatsächlich Elektro-Mietfahrzeuge, zum Beispiel bei Flo&Fleur von der Landi, so glaube ich. Trotzdem, bei Mobility gibt es keine elektrischen Fahrzeuge, oder mir sind zumindest keine bekannt. Wir sind natürlich nicht dafür, dass man explizit nur Mobility reinschreibt, sondern wir nennen das Carsharing generell als Modell. Das ist das, was wir meinen und wir sagen auch – und da sind wir uns einig und du wirst mir ebenfalls zustimmen – dass es einen Bedarf an Ladestationen gibt und dass es so, wie es heute ist, für die Elektromobilität nicht genügt, welche noch kommt.

Dann - auch wenn wir gleicher Meinung sind - Florian Moser, ich würde behaupten, fenaco ist gleich regional, wie Mobility, in meinem Verständnis. Aber ich finde es gut, die Regionalität zu unterstützen.

David Müller, Grüne: Das Meiste hat Lukas Erni bereits gesagt, das einzige, was ich noch an die Adresse von Reto sagen wollte, ist: Carsharing hilft ja genau dabei, dass man eben nicht mehr Parkplätze hat, sondern sogar weniger. Und insofern ist es für mich absolut einleuchtend, dass wir uns dafür einsetzen, dass es eben auch ein zukunftsfähiges Carsharing gibt, welches eben nicht fossil läuft.

Franziska Adam, SP-Frauen: Ich möchte jetzt auch nochmals sprechen, denn eigentlich war es ja meine Interpellation. Es ist ganz klar, es geht nicht darum, ob es jetzt eine Landi ist, welche diese Autos zur Verfügung stellt, oder Mobility, es wurde einfach als Beispiel Mobility gewählt, weil es in der Gemeinde Köniz 28 Mobility-Fahrzeuge hat, während die Landi zwei bis drei hat. Aber wir sprechen nicht darüber, sondern wir sprechen über die Ladestationen. Doch es freut mich natürlich, wenn alle so angeregt diskutieren.

Gemeinderat, Hansueli Pestalozzi, Grüne: Diese Antwort haben zwar wir verfasst, es geschah aber in enger Zusammenarbeit mit der DPV, der Direktion von Christian Burren.

Es wurde richtig gesagt, 2045, das ist absehbar, wird es sehr viel mehr Elektromobilität geben und es ist klar, das braucht Ladestationen.

Ich will daran erinnern, vor wenigen Jahren noch war Köniz auf der Karte der Ladestationen ein absolut weisser Fleck. Keine einzige öffentliche Ladestation war vorhanden und das hat innerhalb weniger Jahre sehr stark geändert. Und ich will euch auch daran erinnern, ihr habt ja auch einen Vorstoss gemacht, dass wir als Gemeinde Ladestationen schaffen sollen. Diese Aufgabe haben wir angenommen: Wir haben eine Ausschreibung gemacht, wir haben zwei Standorte identifiziert, Gemeindeparkplätze, da konnten alle Anbieter von Ladestationen eingeben. Das hat funktioniert, wir hatten mehrere Eingaben und jetzt gibt es Ladestationen auf dem Brühlplatz, das ist GoFast und auf dem Neuhausplatz ist auch noch eine öffentliche Ladestation von einem Drittanbieter. Ich verstehe die Aufgabe der Gemeinde genau darin, dass wir Ausschreibungen machen und alle Anbieter gleich behandeln. Es kann sicherlich nicht sein, dass wir als Gemeinde irgendwelche Ladestationen betreiben, das ist nicht unsere Aufgabe. Auch in der fossilen Mobilität gibt es übrigens keine Tankstellen, welche von der öffentlichen Hand betrieben werden. Das läuft alles privat.

Das ist auch unser Problem bei dieser Interpellation, welche fragt, ob wir nicht den Carsharing-Anbietern helfen können, diese Ladestationen zu machen. Da müssten wir, wie dies richtig gesagt wurde, alle Carsharing-Anbieter gleich behandeln. Aber das ist eine grosse Aufgabe, wenn es so viele Elektrofahrzeuge geben wird, wie dies absehbar ist, wenn ab 2035 in der EU nicht mehr erlaubt ist, Verbrennungsfahrzeuge zu verkaufen. Das wird dann massiv zunehmen und um eine Idee zu bekommen, wie dies zukünftig aussehen wird, wollen wir ja eine Studie zu diesem Elektromobilitätskonzept erstellen. Das habt ihr alle in der Antwort drin. Dies soll vor allem auch eine Rollenklärung geben, was Aufgabe der öffentlichen Hand ist und was die Aufgabe der Privaten.

Das ist meine Antwort. Wir werden hier weitermachen und wir werden schauen, in welche Richtung es sich entwickelt. Braucht es jetzt in der blauen Zone Lademöglichkeiten oder wird es sich eher so entwickeln, dass diese Fahrzeuge, welche keine Tiefgarage haben, in welcher man laden kann, dass diese alle ein, zwei Wochen an eine Schnellladestation gehen? Wir wissen es einfach noch nicht, in welche Richtung dies geht und hier erwarten wir gewisse Antworten von diesem Elektromobilitätskonzept.

Die Interpellantin ist von der Antwort des Gemeinderats nicht befriedigt.

PAR 2025/26

Verschiedenes

Folgende Vorstösse werden eingereicht:

- 2504 Motion (SP/JUSO, Grüne, Junge Grüne) "Stärkung von offenen Vereinsangeboten für Kinder, Jugendliche und Familien in Köniz"
- 2505 Postulat (Grüne/Junge Grüne-Fraktion, GLP-EVP-Mitte-Fraktion, SP/JUSO-Fraktion) "Windenergie in Köniz"
- 2506 Motion (EVP-GLP-Mitte-Fraktion, Grüne / junge Grüne-Fraktion) "Förderung von Photovoltaik-Anlagen in der Gemeinde Köniz"
- 2507 Anfrage (FDP) "Jungbürgerfeier in der Gemeinde Köniz"
- 2508 Interpellation (Grüne, Junge Grüne) "Ist das Kulturkonzept 2020 auf Kurs?"

Diskussion

Gemeinderat, Christian Burren, SVP: Ich habe noch eine Pendeuz aus der letzten Sitzung, die Fragen von Toni Eder zur Übernahme von Privatstrassen.

Zum Grundsatz, dass wir die Privatstrassen zum Teil auch gegen den Willen der Grundeigentümer übernehmen: Wir handeln dort ganz klar nach rechtlichen und gesetzlichen Vorgaben und richten uns nach bestehenden Gerichtsurteilen. Der Anlass, dass man überprüft hat, ob es solche Strassen gibt, war eine Petition aus dem Jahr 2016 von Mittelhäusern als man das aufgrund von Gerichtsurteilen geltend gemacht hat. Und man hat dort festgestellt, dass es acht Strassenabschnitte gibt, welche wir übernehmen müssen. Sechs davon konnten wir mit Vereinbarungen übernehmen, zwei sind noch beim Regierungsstatthalteramt hängig - Beschwerden, welche laufen.

Wir haben damals - das hat Toni Eder richtig gesagt - in diesem Geschäft, mit welchem wir hier im Parlament waren, einen Kredit über CHF 400'000 beantragt und zwar in der Überlegung, dass wenn wir diese Strassenabschnitte, welche wir übernehmen, auf die Standards der Gemeindestrassen mit Beleuchtung ausbauen müssen, dann wäre dies so teuer gekommen. Es ist aber folgendermassen: Bei allen Strassen haben die bisherigen Grundeigentümer in den Vereinbarungen gewünscht, dass man nichts macht, sie verzichten auf die Beleuchtung – ob dies auf alle Zeiten so bleibt, wissen wir nicht. Einzig an der Bifitstrasse, da war die Frage, was wir dort mit dem Trottoir gemacht haben: Das war eine Grenzbereinigung der Parzelle und ist auf Wunsch der Anwohner passiert, um die Einmündung zu verbessern. Kostenpunkt CHF 17'500. So viel meine ergänzenden Ausführungen dazu, ich hoffe, ich konnte deine Fragen damit beantworten.

Gemeinderat, Thomas Marti, GLP: Ich habe auch noch eine Pendeuz und diese ist bereits etwas älter. Diese stammt noch aus dem letzten Jahr. Christina Aebischer hat damals gefragt, wie es mit dem Projekt zu den Garderoben in der Lerbermatt steht. Da hätten wir eigentlich heute Abend den Ausführungskredit traktandiert haben müssen. Dort kommt es leider zu Verzögerungen, weil wir uns mit dem Kanton für das Baurecht, welches wir für diese Garderoben brauchen, noch nicht ganz gefunden haben. Ich hoffe, dass wir das so schnell wie möglich auch zu Gunsten des Fussballs in der Lerbermatt erledigen können. Doch leider kann ich im Moment keinen fixen Termin angeben, das kommt darauf an, wie es in den Verhandlungen läuft.

Gemeinderat, Hansueli Pestalozzi, Grüne: Ich habe noch eine kleine Ankündigung: Im Rahmen des Biodiversitätskonzepts, welches ja auch hier behandelt wurde, werden wir aktiv, denn eine grosse Chance zur Förderung der Biodiversität sind die privaten Grundstücke, die privaten Gärten. Und da wollen wir in diesem Jahr ein Pilotprojekt machen. Und zwar wird dies vorerst in Wabern stattfinden, eine Auszeichnung von naturnahen Gärten. Da können Gartenbesitzer ihre Gärten anmelden und wenn sie gewisse Kriterien erfüllen, bekommen diese eine Auszeichnung als "naturnaher Garten". Das soll auch für andere ein Ansporn sein, ihren Garten so naturnah wie möglich zu gestalten und so die Biodiversität zu fördern. Es gibt eine Startveranstaltung, an welcher dies alles erklärt wird, diese findet am 23.04.2024, um 19.30 Uhr, im Chalet Bernau im Dachstock, statt. Die Idee ist, wenn dieser Pilot erfolgreich verläuft, dass man dies dann auf die ganze Gemeinde Köniz ausweiten möchte.

Reto Zbinden, SVP: Nachdem ich die Diskussion bereits ein bisschen in die Länge gezogen habe, halte ich mich jetzt kurz: Ich stehe hier als Präsident der nichtständigen Kommission Personalreglement. Ich will an dieser Stelle Rahel Gall ganz herzlich für die tolle, kompetente und konstruktive Mitarbeit in der Kommission danken und heisse Isabelle Steiner herzlich in unserer Kommission willkommen.

Wir sind schon lange an der Arbeit und ihr habt endlich einmal etwas von uns gehört. Am Freitag, 28.02.2025, habt ihr ein Mail von der Gemeindepräsidentin im Namen des Gemeinderates erhalten, mit den Informationen zur Teilrevision Personalrecht. Es sind dieselben Informationen, welche die Mitarbeitenden ebenfalls durch den Gemeinderat erhalten haben. Der Kommission war es wichtig, dass das Parlament denselben Informationsstand hat, wie die Mitarbeitenden. Das dazu.

Die Informationen sind auch im neuen Teamraum verfügbar. Jene, welche es allenfalls noch nicht gesehen haben, könnten es dort abrufen.

Weitere Informationen inklusive Synopse kommen dann mit dem Aktenversand zur Parlamentssitzung, wenn dann das Reglement traktandiert ist. Dies wird Mitte Jahr soweit sein. Ich danke für die Kenntnisnahme und wünsche dann allen einen guten Appetit bei der Pizza.

Parlamentspräsident Casimir von Arx: Nachdem das Wort nicht mehr gewünscht ist, habe ich noch folgende Information:

Der Gemeinderat hat dem Parlamentsbüro einen Antrag auf Verlängerung der Erfüllungsfrist der Motion 2222 "Für unverzerrte Proporzahlen" gestellt. Die Fachstelle Parlament hat euch den Antrag am 10. März per Mail zugestellt. Das Parlamentsbüro hat Morgen eine Sitzung und wird dann über diesen Antrag befinden.

Die nächste Parlamentssitzung findet am 5. Mai statt. Die zweite Sitzung vom März fällt mangels Traktanden aus. Ich schliesse die Sitzung.

Im Namen des Parlaments

Casimir von Arx
Parlamentspräsident

Chantal Fuchs
Leiterin Fachstelle Parlament